



Wehrmachtsschmuck an der Bundeswehrrkaserne Bad Reichenhall, Jagdflieger Marseille 1942: „Nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr“

„Zu den Waffen!“

Bundeswehr Die umstrittene Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will sich ausgerechnet mit Geschichtspolitik aus der Krise retten. Doch das ist ein Minenfeld.

Am Vormittag des vorvergangenen Freitags erwarteten über hundert Militärexperten im Koblenzer Zentrum Innere Führung gespannt den Auftritt Ursula von der Leyens. Nachdem ein rechtsextremes Netzwerk aus Offizieren um Franco A. aufgefliegen war, hatte die Ministerin der Truppe ein „Haltungsproblem“ bescheinigt. Zwar entschuldigte sie sich für den pauschalen Vorwurf, doch die Empörung unter den Soldaten war groß. Würde es ihr in Koblenz gelingen, Vertrauen zurückzugewinnen?

Rund 20 Minuten sprach sie über eine umfassende Reform der Bundeswehr, über Wehrdisziplinarordnung, politische Bildung und die Innere Führung. Dann beantwortete sie Fragen. Wohl die meisten fanden: ein souveräner Auftritt.

Doch dann wurde am Nachmittag bekannt, dass von der Leyens Haus das populäre Bundeswehr-Liederbuch „Kameraden singt!“ gestoppt hat, weil manche Texte wie das „Panzerlied“ aus dem „Dritten Reich“ stammen. Und obwohl das sicher eine vernünftige Entscheidung ist, die weit vor der aktuellen Aufregung getroffen worden war, kippte die Stimmung gleich wieder, denn von der Leyen hatte diesen Beschluss mit keinem Wort erwähnt. „Dass sie nicht einmal darüber mit uns gesprochen hat, kann man doch nur als Missbrauchsbeweis bewerten“, sagt einer der Offiziere. „Ich fühle mich verarscht.“

So ist das im Augenblick: Ein Liederbuch genügt, um die Truppe gegen die „IBuK“, die „Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt“, aufzubringen.

Seit drei Wochen versucht die Ministerin und einstige CDU-Hoffnungsträgerin aus der größten Krise ihrer Karriere herauszukommen, doch es gelingt ihr bisher nicht. Jahrelang kümmerte sie sich nicht um rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr; als Franco A. verhaftet wurde, zeigte sie auf andere und erweckte den Eindruck, sie wolle nur ihre Karriere retten (SPIEGEL 19/2017). Nun will sie ausgerechnet auf dem heiklen Feld der Geschichtspolitik reüssieren – und stolpert von einem Missgeschick ins nächste.

Denn nur auf den ersten Blick lässt sich hier leicht punkten. Für den Satz „Die Wehrmacht hat nichts mit der Bundeswehr gemein“ ist von der Leyen zwar Applaus sicher – nur stimmt er so nicht.

Das Offizierkorps der Bundeswehr der ersten Jahre bestand fast vollständig aus Wehrmachtsveteranen. Die Gründerheroen der Streitkräfte wie Adolf Heusinger, Friedrich Foertsch oder Ulrich de Maizière (Vater des Bundesinnenministers) dienten Hitler in hohen Positionen oder waren an Operationen beteiligt, bei denen nach allem, was man über die Kriegsführung der Wehrmacht weiß, Kriegsverbrechen zu vermuten sind. Geht es nach von der Leyen, dürften sie nicht mehr geehrt werden: „Die Wehrmacht ist in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr.“ Einzige Ausnahme seien einige „herausragende Einzeltaten im Widerstand“.

Jahrzehntelang marschierten Soldaten in Knobelbechern, wie sie ähnlich einst die Landser trugen. Damit die Ähnlichkeit nicht so auffiel, wurden Modelle produ-

ziert, die mit einer „Demokratieschnalle“ (Soldatenspott) verziert waren.

Von der Leyen trifft auch nicht den Ton, als sie einen „Säuberungsprozess“ in der Bundeswehr ankündigt, was an die Sprache der stalinistischen Verfolgungen erinnert. Selbst unsicher im Urteil, verunsichert sie ihre Untergebenen. Die Stimmung erinnere ihn an den Titel des Fassbinder-Films „Angst essen Seele auf“, erzählt ein Offizier.

Nicht nur Rechtsradikale und Machos, die dem Männerideal der Dreißigerjahre nachtrauern, machen im Netz Stimmung gegen die Geschichtsoffensive der CDU-Frau. Auch nachdenkliche Köpfe wie Michael Epkenhans, Leitender Wissenschaftler des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, warnen davor, den Eindruck zu erwecken, der Weg des deutschen Militärs führe direkt von den Demokraten von 1848 in die Bundesrepublik. Man könne nicht einerseits beklagen, dass es an kritischem Geschichtsbewusstsein fehle, und andererseits die aktive Auseinandersetzung meiden: „Einfaches Abräumen wäre daher der falsche Weg.“

Inzwischen dämmert der Ministerin, dass sie in einem Minenfeld steht. Anfang der Woche wurden die mit der Materie befassten Offiziere ausdrücklich zum Stillschweigen gegenüber Journalisten vergatert, weshalb in diesem Text auch anonym zitiert werden muss.

Weil bei den Ermittlungen zum mutmaßlichen Terroristen Franco A. in der Kaserne von dessen Einheit Stahlhelme und

Wehrmachtszeichnungen gefunden wurden, ordnete von der Leyen an, „alle dienstlichen Liegenschaften, Räumlichkeiten und Gelasse“ auf Nazidevotionalien zu durchforsten. Doch was genau ist gemeint?

Das Bundeswehr-Krankenhaus in Westerstede in Niedersachsen hängt eine Rote-Kreuz-Flagge im Erdgeschoss des Hauptgebäudes ab. Sie soll angeblich im Mai 1945 den letzten Truppenverbandplatz von Sanitätern der Wehrmacht nahe dem Berliner Reichstag markiert haben.

In der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr nahm ein leitender Militär ein Foto von einer Pinwand in einem Wohnheim ab, das Schmidt als Leutnant der Luftwaffe 1940 in Uniform zeigte. Studenten hatten es vor Jahren aufgehängt. Als daraufhin ein Shitstorm losbrach, distanzierte sich von der Leyen zunächst von der Universität. Einige Tage später korrigierte sie sich: Exkanzler und Exverteidigungsminister Schmidt sei für den „Aufbau der Bundeswehr als eine Armee der Demokratie“ prägend gewesen, aber nicht wegen seiner „Zeit in der Wehrmacht“.

Auch beim zweiten großen Vorhaben schlingert die sonst so PR-sichere IBuK. Sie verkündete, jene Kasernen umzubenennen, die nach Wehrmachtsoffizieren benannt sind. Ganz oben auf der Liste: die Marseille-Kaserne in Appen bei Hamburg und die Lent-Kaserne im niedersächsischen Rotenburg an der Wümme.

Hans-Joachim Marseille und Helmut Lent waren Helden der Nazipropaganda. Jagdflieger Marseille wurde wegen seiner zahlreichen Abschüsse in Nordafrika als „Stern von Afrika“ verherrlicht. Wie er zu den Nazis stand, ist unbekannt. Bei Lent, ebenfalls ein Flieger-As, haben Historiker im Laufe der Jahre widersprüchliche Gutachten für das Verteidigungsministerium geschrieben. Das letzte kam zu dem Schluss, Lent sei „sehr wahrscheinlich kein ‚Nazi‘ im eigentlichen Sinn gewesen“.

Dennoch urteilte von der Leyen am vergangenen Dienstag vor dem Reservistenverband der Bundeswehr, beide Männer seien „nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr“.

Nun gibt es für Namensänderungen von Kasernen ein „klar geregeltes Verfahren“, so die Bundeswehr. Die Initiative soll von den Soldaten ausgehen, die betroffenen Kommunen sollen beteiligt werden. In Rotenburg ist das geschehen – nur wollen die rund tausend Soldaten der Kaserne, der Landrat, der Bürgermeister, die Gemeindeversammlung und die beiden Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU den Namen behalten. Würde die Kaserne jetzt umbenannt werden, entstünde der falsche Eindruck, Lent sei ein Nazi gewesen, argumentiert etwa Landrat Hermann Luttmann (CDU).



Ministerin von der Leyen
Selbst unsicher im Urteil

Am Tag nach dem Auftritt von der Leyens vor dem Reservistenverband veröffentlichte das Verteidigungsministerium auf der Startseite seiner Homepage eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens „von unten“ – als ob da jemand Wege gegen das Machtwort der Ministerin aufzeigen wollte.

Inzwischen will die Christdemokratin den Eindruck korrigieren, sie habe eine Entscheidung in Sachen Lent getroffen. Ein Sprecher erklärte, seine Chefin gehe nur davon aus, „dass der Meinungsbildungsprozess im Lichte der Vorfälle und aktuellen Diskussion sich anders gestaltet als bei früheren Anläufen“. Frei nach dem Motto: Es soll demokratisch aussehen, aber man muss alles in der Hand haben.

Besonders brisant ist das dritte und bedeutendste Vorhaben – die Reform des sogenannten Traditionserlasses von 1982. Was bürokratisch klingt, ist hochpolitisch, denn die Traditionspflege prägt den Korpsgeist einer Truppe. Das jetzt vorliegende Dokument, von Hans Apel (SPD) seinerzeit verantwortet, distanziert sich zwar eindeutig vom „Dritten Reich“. Allerdings fehlt ein konkreter Hinweis auf die Wehrmacht. Und der Widerstand gegen Hitler wird gar nicht erwähnt.

Die „Modernisierung“ des vorhandenen Erlasses ist eines der Leuchtturmprojekte der Ministerin in diesen für sie dunklen Wochen. Sie hat es im Verteidigungsausschuss des Bundestags vorgetragen und sich auch in der Öffentlichkeit damit geschmückt. Dabei liegt nach SPIEGEL-Informationen ein fertiger Entwurf seit 2013 intern vor, Vorgänger de Maizière hatte ihn noch ausarbeiten lassen, was von der Leyen allerdings bestreitet. Nach „vorliegender Aktenlage“, so ein Sprecher, handle es sich nur um „Vorarbeiten“.

Zudem hat der heute zuständige Referatsleiter Sven Lange, ein promovierter Historiker, einen weiteren Entwurf sogar 2012 in einem Fachbuch veröffentlicht.

Als beim Auftritt in Koblenz ein Zuhörer die Ministerin auf die Existenz eines fertigen Entwurfes im eigenen Haus hinwies, erweckte sie den Eindruck, sie habe davon noch nie gehört. Sollte das zutreffen, wäre es ein weiterer Beleg dafür, dass von der Leyen das Thema jahrelang hat links liegen lassen.

In die missliche Lage hat sich von der Leyen im Frühjahr 2014 selbst gebracht. Kurz nach Amtsantritt hatte sie in einer Art Säuberungsaktion den damaligen Staatssekretär Rüdiger Wolf in den einstweiligen Ruhestand versetzt, was sie als radikalen Neuanfang verkaufte. Ausgerechnet Wolf aber hatte damals die Reform des Traditionserlasses in Auftrag gegeben. Er sollte nicht einmal mehr ein Übergabegespräch führen, sondern gleich die Kisten packen.

Nun macht die Ministerin Tempo und will noch in dieser Legislaturperiode liefern, doch Geschichtspolitik ist für Aktivismus denkbar ungeeignet. Experten rechnen mit mindestens einem Jahr, um sich mit dem Parlament, dem Reservisten- und dem Bundeswehrverband sowie dem Beirat für Fragen der Inneren Führung abzustimmen.

Auch muss entschieden werden, ob es nur einen Erlass oder eine Zentrale Dienstvorschrift (ZDV) geben soll. Für eine ZDV spricht, dass sie vermutlich eher befolgt wird, denn ein Verstoß ist ein Dienstvergehen und kann bestraft werden.

Vor allem aber gilt es, Kriterien zu definieren, was traditionswürdig ist. Die nächste Welle zeichne sich bereits ab, sagt ein Bundeswehrexperte, da werde es um die Helden des 19. Jahrhunderts gehen.

Was soll etwa mit den drei Clausewitz-Kasernen geschehen? Der Militärtheoretiker war schließlich Mitglied der „Christlich-deutschen Tischgesellschaft“; ein „Arierparagraf“ sollte dort den Beitritt von Juden verhindern. Und muss man den tristen Moltke-Saal auf der Bonner Hardhöhe umbenennen? Immerhin hat der Generalfeldmarschall zwei Angriffskriege für die deutsche Einheit von 1871 geführt.

Bei der Ernst-Moritz-Arndt Kaserne im mecklenburgischen Hagenow sollte sich die nach der Kanzlerin zweitmächtigste Politikerin der Republik allerdings gut überlegen, was sie anordnet. Zwar war der Dichter unbestritten Antisemit, völkischer Ideologe und Frankreich-Hasser („Zu den Waffen! Zu den Waffen! Zur Hölle mit den wälschen Affen!“). Doch als Anfang dieses Jahres die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald ihren Namen ablegen wollte, grollte es aus dem Kanzleramt.

In Greifswald liegt der Wahlkreis Angela Merkmals, die mit dem Namenswechsel gar nicht einverstanden war. Und noch ist sie die mächtigste Politikerin.

Matthias Gebauer, Klaus Wiegrefe